



# BERLIN DEPESCHE

Zeitung für den Bundestagswahlkreis Köln I (Porz, Kalk, nördliche Innenstadt)

12. JAHRGANG • NR. 74

JANUAR 2013

## STANDPUNKT

- 2 Mit Peer Steinbrück für mehr Gerechtigkeit

## HOMEPAGE

- 3 Neu eingestellt: Register und Jahrbuch 2012, Info-Broschüre 2013

## KÖLN

- 3 FES-Diskussion zur Zukunft der Zeitung
- 4 Das Kandidatenteam der KölnSPD zur Bundestagswahl 2013

## BUNDESTAG

- 6 Griechenland-Hilfe
- 6 „Otto-Wels-Preis“ der SPD-Fraktion
- 7 Bundestagsrede zum Leistungsschutzrecht für Presseverleger
- 8 Bundeshaushalt 2013
- 8 Schwarz-Gelb im Faktencheck
- 9 Gesetzliche Regelung zur Beschneidung

## SPD

- 10 Peer Steinbrück als Kanzlerkandidat nominiert

## INFOS UND IMPRESSUM

- 12 Arbeitsschwerpunkte, Sitzungswochen 2013, Büros, Impressum



### Ein starkes Kölner Team für Berlin

Die Köln SPD nominierte Karl Lauterbach, Elfi Schöntwepes, Martin Dörmann und Rolf Mützenich als Kandidatenteam zur Bundestagswahl 2013 (Seite 4)

### Mit Peer Steinbrück für mehr Gerechtigkeit

Standpunkt (Seite 2) und Bericht (Seite 14)

Homepageausgabe • Redaktionsschluss: 17.12.2012

## Mit Peer Steinbrück für mehr Gerechtigkeit

### Die politische Ausgangslage im Bundestagswahljahr 2013

Liebe Leserinnen und Leser,

die gute Stimmung beim Nominierungsparteitag und das überzeugende **Votum für Peer Steinbrück** bei seiner Wahl zum Kanzlerkandidaten haben eindrucksvoll dokumentiert, dass die SPD geschlossen in das Bundestagswahljahr 2013 zieht.

Unser Ziel ist klar: wir wollen einen ganzen **Regierungswechsel**, keinen halben: mit einer rot-grünen Bundesregierung und Peer Steinbrück als Kanzler.

Teilweise sind die Kommentare in den Medien ja eher skeptisch, was die **rot-grüne Mehrheitsfähigkeit** angeht. Dabei hatte Rot-Grün Ende 2012 in den verschiedenen Umfragen zum Teil eine Mehrheit, bei manchen fehlten nur wenige Prozentpunkte. Jedenfalls dann, wenn die FDP nicht wieder in den Bundestag einziehen sollte, stehen die Chancen für eine stabile Mehrheit nicht schlecht. Zumal das neue Wahlrecht dafür sorgen wird, dass Überhangmandate vollständig ausgeglichen werden und der Wählerwille nicht verfälscht wird.

Die Auftaktstimmung im Wahljahr wird sicherlich auch durch den Ausgang der **Niedersachsenwahl** am 20. Januar beeinflusst werden, wo Schwarz-Gelb die nächste Abwahl droht. Alles in allem sind die letzten drei Jahre aus Sicht der SPD sehr erfolgreich verlaufen - in vielen **Bundesländern** wurden wir wieder neu in **Regierungsverantwortung** gewählt.

Das liegt auch daran, dass die SPD die Oppositionszeit genutzt hat, um sich programmatisch weiter zu entwickeln, und zwar ohne größere innerparteiliche Auseinandersetzungen. Insbesondere konnten wir wieder unser **Profil als Partei der sozialen Gerechtigkeit** schärfen.

Mit Peer Steinbrück haben wir zudem einen Mann an der Spitze, der überzeugend für **Finanz- und Wirtschaftskompetenz** steht und auch dort keine offenen Flanken bietet. Wir wollen Deutschland sozial gerechter gestalten *und* wirtschaftlich nach vorne bringen! Programm und Kandidat passen dabei zusammen.

In seiner Parteitage Rede hat Peer Steinbrück das Thema **Gerechtigkeit** in den Mittelpunkt gerückt. Es geht uns um „mehr Wir und weniger Ich“. Um gute Arbeit, mit einem gesetzlichen Mindestlohn und starker Tarifbindung. Um ein Ende der Zwei-Klassenmedizin durch Einführung einer Bürgerversicherung. Um eine gerechte Rentenpolitik, die Erwerbs- und Altersarmut verhindert.

Wir müssen mehr Geld in Bildung und Kommunen investieren und wollen das gerecht finanzieren, ohne neue Schulden. Wir sagen ehrlich: Ja, das bedeutet für hohe Einkommen maßvoll höhere Steuern. Zudem wollen wir die Finanzmärkte endlich an den Kosten der Krise beteiligen und den Bankensektor wirksam regulieren.

Die SPD steht für eine Politik des **Miteinanders**. Wenn wir nicht umsteuern, droht unsere Gesellschaft

immer mehr auseinander zu driften. So wird auf Dauer unser demokratisches Fundament ausgehöhlt, weil sich immer mehr Menschen im Stich gelassen fühlen.

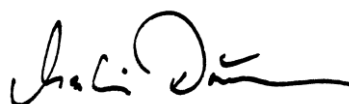
Angela Merkel versucht, ihr Amt als Bundeskanzlerin quasi „präsidial“ zu führen. Sie legt sich selten fest und wartet ab, woher der Wind weht. Eine rein machttaktisch begründete Strategie ohne innere Haltung. In der heutigen Zeit sind aber gerade **Haltung und Werte** gefragt. Die Menschen möchten wissen, wohin die Reise gehen soll und was man politisch dafür tut.

Die Konzepte der SPD liegen auf dem Tisch. Und mit Peer Steinbrück haben wir einen Kanzlerkandidaten mit einer klaren Haltung und Gestaltungswillen. Ein deutliches **Kontrastprogramm** also zu Schwarz-Gelb.

Es verspricht, ein spannendes **Wahljahr 2013** zu werden.

Herzlichst

Ihr

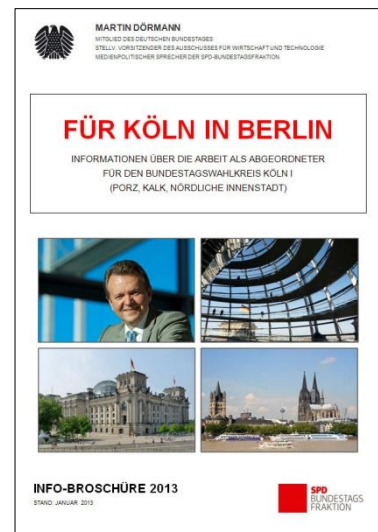




Thematisch gegliederte Auflistung der Berlin Depesche-Artikel 2012



Dokumentation über die Arbeit als Bundestagsabgeordneter im Jahr 2012



Info-Broschüre 2013: Informationen zur Abgeordnetentätigkeit und zu den Büros

## KÖLN

### FES-Diskussion zur Zukunft der Zeitung

Anfang Dezember fand im KOMED (MediaPark) eine Diskussionsveranstaltung der Friedrich-Ebert-Stiftung unter dem Titel „Zukunft ohne Zeitung – Zeitung der Zukunft“ statt. Am selben Tag erschien die letzte Ausgabe der *Financial Times Deutschland* unter dem Titel „Endlich Schwarz“. „Sieht so die Zukunft der Zeitung aus?“, fragte **Martin Dörmann** in seiner Einführungsrede. Er verwies auf die schwierige Situation im Printbereich, angesichts rückläufiger Auflagen und Anzeigenerlöse sowie der zunehmenden Bedeutung des Internets.



Unter Moderation von **Dirk Müller** diskutierten hierzu: **Burkhard von Pappenheim**, stellv. Chefredakteur des Kölner Stadt-Anzeigers, **Alfons Pieper**, Journalist und Blogger („Wir in NRW“), sowie die Wissenschaftler **Prof. Andreas Vogel** und **Prof. Stephan Weichert**. Letzterer vertrat die These, Journalismus sei auf Dauer vom Markt nur schwer zu finanzieren. Online gewinne nicht so viel, wie Print verliere. Deshalb müsse man über Stiftungs- und Gebührenmodelle nachdenken. Von Pappenheim

betonte, Online könne Print ökonomisch nicht ersetzen, auch wenn es richtig sei, die Angebote zunehmend gebührenpflichtig zu machen.

Einen besonderen Raum nahm in der anschließenden Diskussion mit dem Publikum die Tatsache ein, dass junge Menschen sich zunehmend (kostenlos) im Internet als über TV und Printmedien informieren. Einige mahnten an, dass man auf deren Bedürfnisse seitens der Zeitung stärker eingehen müsse, damit ein Mehrwert erkennbar sei. Einige waren sich alle Beteiligten, dass unsere Demokratie auch in Zukunft guten Journalismus brauche.



Im November besuchte Martin Dörmann den Rautenberg Media & Print Verlag, der u.a. die Zeitung „Porz am Montag“ heraus gibt. Mit Geschäftsführer Dr. Franz-Wilhelm Otten (rechts) und Medienberater Rule Mews sprach er über die aktuelle Lage auf dem Zeitungsmarkt im Rheinland



### Die Köln SPD nominierte Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes sowie die bewährten Bundestagsabgeordneten Martin Dörmann, Karl Lauterbach und Rolf Mützenich zur Bundestagswahl 2013

Die Kölner SPD zieht mit einem starken und kompetenten Kandidatenteam in den Bundestagswahlkampf 2013. Bei zwei Wahlkreiskonferenzen am 3. Dezember wurden die drei bewährten Bundestagsabgeordneten **Martin Dörmann**, **Karl Lauterbach** und **Rolf Mützenich** mit über 90 Prozent Zustimmung erneut für ihre Wahlkreise nominiert, die sie bei den letzten Bundestagswahlen direkt gewinnen konnten. Im südlichen Wahlkreis (Lindenthal, Rodenkirchen, Innenstadt-Süd) setzte sich Bürgermeisterin **Elfi Scho-Antwerpes** mit 133 zu 76 Stimmen gegen ihre Mitbewerberin **Valentina Kerst** durch.



**Martin Dörmann:** „Wir wollen Deutschland sozial gerechter gestalten und wirtschaftlich nach vorne bringen“

Die vier Gewählten treten für ein rot-grünes Regierungsbündnis ein und betonten in ihren Vorstellungsreden das Ziel, bei der nächsten Wahl wieder alle vier Kölner Wahlkreise für die SPD zu gewinnen, um so zu einem Regierungswechsel beizutragen:

In seiner Rede bedankte sich Martin Dörmann zunächst für die solidarische Unterstützung seiner bisherigen zehnjährigen Arbeit als Abgeordneter durch viele Menschen innerhalb und außerhalb der SPD.

#### **Auszug aus der Rede von Martin Dörmann:**

„Ich möchte meine Arbeit im Bundestag gerne fortsetzen, um mich auch weiterhin für die Interessen der Menschen in meinem **Wahlkreis** und in **Köln** einsetzen zu können. Beispielsweise für den weiteren **Ausbau der Verkehrsinfrastruktur**, etwa beim Bahnknoten Köln, der ein echtes Nadelöhr ist. Oder

für den **Erhalt sozialer Strukturen und Einrichtungen**, sei es beim Wohnungsbau oder in der Arbeitsmarktpolitik.

Es ist ein **Skandal**, dass die schwarz-gelbe Bundesregierung einen **Kahlschlag beim Programm Soziale Stadt**, bei den **Jobcentern** sowie bei den **Programmen für Langzeitarbeitslose** vorgenommen hat. Das trifft eine Großstadt wie Köln in besonderer Weise. Eine SPD-geführte Bundesregierung wird diese falschen Entscheidungen zurücknehmen und hier ganz andere Akzente setzen.

Zugleich werden wir die **Finanzlage der Kommunen** nachhaltig stärken. Mit unserem **Finanzkonzept** stünden den Kommunen zukünftig über 6 Milliarden Euro mehr zur Verfügung. Geld, das die klammen Kommunen dringend brauchen, um soziale Strukturen aufrecht zu erhalten.

Im **Bundestag** liegen meine **Arbeitsschwerpunkte** in den Bereichen Wirtschaft, Medien und Netzpolitik.

In der **Wirtschaftspolitik** habe ich beispielsweise mitgewirkt an unseren Konzepten für eine sozialdemokratische Industriepolitik und für eine Modernisierung der Infrastrukturen in den Bereichen Verkehr, Energie und Telekommunikation.

Als **medienpolitischer Sprecher** der SPD-Fraktion ist es mir ein besonderes Anliegen, wie wir den rasanten Wandel der Medienlandschaft so gestalten, dass Medienvielfalt erhalten bleibt. Wir brauchen auch in Zukunft qualitativ guten Journalismus, der den Menschen eine Orientierung in der zunehmenden Informationsflut bieten kann.

Es ist letztlich eine Gefahr für unsere Demokratie und den politischen Diskurs, wenn sich der Trend nach immer rasanteren Sensationsmeldungen statt gründlicher Recherche fortsetzt. Der kürzliche Insolvenzantrag der Frankfurter Rundschau und das Ende der Financial Times Deutschland haben ja zuletzt ein besonders besorgniserregendes Schlaglicht auf die Probleme im Zeitungsmarkt geworfen.

In der **Netzpolitik** habe ich vor allem zwei zentrale Anliegen. Zum einen geht es mir darum, allen Menschen und Regionen die Teilhabe am schnellen Internet zu sichern. Zum anderen setze ich mich für ein faires und zeitgemäßes Urheberrecht ein.

Auch im Internetzeitalter brauchen Autoren und Kreative Einnahmen, von denen sie leben können. Zugleich darf die allgemeine Akzeptanz des Urheberrechts nicht durch überzogene Abmahnmodelle gefährdet werden. Hier gilt es, insgesamt die richtige Balance herzustellen.

(...)

Die **Bundestagswahl** im nächsten Jahr ist eine entscheidende Weichenstellung. Die **schwarz-gelbe Bundesregierung** ist wohl die schlechteste, die Deutschland je gesehen hat. In der **Europapolitik** schenkt Merkel den Menschen immer noch nicht reinen Wein ein, sondern macht Entscheidungen von Wahlterminen abhängig. Und **innenpolitisch** steht diese Koalition für Streit, Stillstand oder Rückschritt. Für Klientelpolitik, wie bei der Hoteliersteuer. Für eine rückwärtsgewandte Familienpolitik, wie beim Betreuungsgeld. Für eine doppelte Energiewende ohne Masterplan, die schlecht gemanagt ist und Energie für die Verbraucher unnötig verteuert.

Ich möchte daran mitwirken, dass wir in einer **rot-grünen Bundesregierung** Deutschland wieder **sozial gerechter** gestalten und **wirtschaftlich nach vorne** bringen. Zum Beispiel durch **eine gute Ordnung auf dem Arbeitsmarkt**: mit einem gesetzlichen Mindestlohn, mit der Beschränkung von Lohn- und Zeitarbeit auf ein sinnvolles Maß, ohne reguläre Beschäftigung weiter zurück zu drängen, mit gleichem Lohn für vergleichbare Arbeit.

Die SPD steht zudem für **solidarische Sicherungssysteme**. Wir wollen die **Bürgerversicherung** ohne Zwei-Klassen-Medizin. Wir wollen notwendige Verbesserungen in der **Pflegeversicherung** sowie eine **Rentenpolitik**, die Altersarmut verhindert und Erwerbsarmut bekämpft.

Die SPD will **mehr Geld für Bildung und Kommunen** zur Verfügung stellen – aber **solide finanziert**, ohne neuen Schulden. Wir stehen für ein **gerechtes Steuersystem**. Ganz hohe Einkommen können und sollen einen größeren Beitrag zur Finanzierung unseres Staates beitragen. Wir wollen zudem den

**Bankensektor** endlich bändigen und die Finanzmärkte über eine **Finanztransaktionssteuer** an den Kosten der Krise beteiligen. Für all das liegen unsere besseren und gerechteren Alternativen zu Schwarz-Gelb auf dem Tisch.“

## Die Ergebnisse der Wahlkreiskonferenzen

### Wahlkreis 93 Köln I

**Porz, Kalk, nördliche Innenstadt:**

gewählt: **Martin Dörmann**, MdB seit 2002, medienpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion

*Abgegebene Stimmen: 212; Martin Dörmann: 196 Stimmen; Henning Frey: 11; Enthaltungen: 5*

### Wahlkreis 94 Köln II

**Lindenthal, Rodenkirchen, südliche Innenstadt:**

gewählt: **Elfi Scho-Antwerpes**, Bürgermeisterin der Stadt Köln seit 2004

*Abgegebene Stimmen: 211; Elfi Scho-Antwerpes: 133 Stimmen; Valentina Kerst: 76; Enthaltungen: 2*

### Wahlkreis 95 Köln III

**Chorweiler, Nippes, Ehrenfeld:**

Gewählt: **Rolf Mützenich**, MdB seit 2002, außenpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion

*Abgegebene Stimmen: 212; Ja: 208; Nein: 4*

### Wahlkreis 101 Köln IV/Leverkusen

**Köln-Mülheim/Leverkusen:**

Gewählt: **Karl Lauterbach**, MdB seit 2005, gesundheitspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion

*Abgegebene Stimmen: 96; Ja: 86; Nein: 6; Enth.: 4*



*Das Kandidatenteam der Kölner SPD zur Bundestagswahl 2013*

*Karl Lauterbach, Elfi Scho-Antwerpes, Martin Dörmann und Rolf Mützenich (v.l.)*

## Griechenland-Hilfen

### Steinmeier mahnt Merkel zur Wahrheit

Nach intensiver Debatte hat der Bundestag am 30. November 2012 den von der Bundesregierung beantragten Änderungen am Anpassungsprogramm für Griechenland zugestimmt (Drucksache. 17/11647). In namentlicher Abstimmung votierten 473 Abgeordnete für den Antrag, 100 stimmten dagegen, elf enthielten sich. Ein Abbruch des Programms hätte Konsequenzen für ganz Europa und noch darüber hinaus gehabt. Mit dem Beschluss kommen auf den Bundeshaushalt im nächsten Jahr Einnahmeverluste von 730 Millionen Euro zu. Erstmals kommt Deutschland somit in eine konkretisierte Haftungssituation gegenüber Griechenland, was bisher von Bundeskanzlerin **Angela Merkel** vehement ausgeschlossen wurde.

Mit deutlichen Worten kritisierte SPD-Fraktionschef **Frank-Walter Steinmeier** die Informationspolitik der Bundesregierung. Denn die Abgeordneten hatten kaum Zeit, die Dokumente zu den aktuellen Maß-

nahmen zu sichten, auf der Grundlage sei es schwer, sich umgehend und umfassend ein Bild zu machen. Er fügte hinzu: „Wir erwarten, dass Sie die Erfolge Ihres Pakets im Dezember dem Parlament darlegen“. Denn das hier sei keine nachhaltige Lösung für Griechenland. „Sie haben Zeit gekauft, auch für sich selbst.“ Die Regierung scheue die Wahrheit – wegen der Wahl.

Völlig offensichtlich sei, dass der Werkzeugkasten der Regierung in Sachen Griechenland-Rettung leer sei. „Denn die Basiszahlen von Griechenland zeigen doch, dass alles am Ende auf einen Schuldenschnitt hinausläuft. Sie können das verschieben, aber es wird kommen,“ so Steinmeier. Er fügte an, dass er sehr wohl wisse, dass die Entscheidung nicht leicht falle, auch seiner eigenen Fraktion und weiter: „Wir können unsere griechischen Freunde nicht im Stich lassen“.

## SPD-Bundestagsfraktion lobt „Otto-Wels-Preis für Demokratie“ aus

### Aufruf zur Teilnahme an junge Menschen zwischen 16 und 21 Jahren

Wie können wir unsere Demokratie stärken und gegen Rechtsextremismus und Intoleranz verteidigen? Martin Dörmann ruft junge Menschen aus der Stadt Köln auf, sich mit diesen Fragen in kreativer Weise auseinanderzusetzen. Die SPD-Bundestagsfraktion hat dazu einen Kreativwettbewerb ausgeschrieben. Den Gewinnerinnen und Gewinnern winken Geldpreise und eine Einladung nach Berlin.

Am 23. März 2013 jährt sich die Rede des SPD-Reichstagsabgeordneten Otto Wels gegen das nationalsozialistische Ermächtigungsgesetz zum 80. Mal. Mit dem Gesetz trat der Reichstag seine Rechte als Gesetzgeber an das NS-Regime ab und besiegelte damit das Ende der Weimarer Demokratie. Allein die sozialdemokratische Fraktion widersetzte sich und stimmte gegen die Ermächtigung Hitlers. Die Rede von Otto Wels und sein mutiges Eintreten für die Demokratie haben bis heute eine bleibende

Aktualität. Wie die Verbreitung rechtsradikaler, rassistischer und antidemokratischer Einstellungen und nicht zuletzt die Mordserie der Terrorzelle NSU zeigten, müssen wir unsere freiheitliche Demokratie stets aufs Neue verteidigen und bewahren. Dafür das Bewusstsein der jungen Generation zu schärfen, sei das Anliegen des *Otto-Wels-Preises für Demokratie* der SPD-Bundestagsfraktion.

Beteiligen können sich Jugendliche und junge Erwachsene im Alter zwischen 16 und 21 Jahren. Drei Wettbewerbsaufgaben stehen zur Auswahl. Die Jugendlichen können beispielsweise eine Rede verfassen oder eine Demokratie-Kampagne gestalten. Zugelassen sind Einzel- und Gruppenarbeiten von maximal drei Teilnehmern.

Ausschreibung und Teilnahmeformular sind ebenfalls auf [www.spdfraktion.de/ottowelspreis](http://www.spdfraktion.de/ottowelspreis) abrufbar. Einsendeschluss ist der 4. Februar 2013.

## Wechsel zur Friedrich-Ebert-Stiftung

### Marcel Röthig verlässt nach abgeschlossenem Studium das Berliner Büro

Zum Jahresende wird **Marcel Röthig** das Berliner Bundestagsbüro von **Martin Dörmann** verlassen. Seit Sommer 2011 war er in Teilzeit als studentischer Mitarbeiter beschäftigt. Nach erfolgreichem Studienabschluss als Diplom-Politologe widmet er sich künftig neuen Aufgaben als Trainee im Managerkreis der Friedrich-Ebert-Stiftung, für die er bereits früher in der Ukraine arbeitete. „Ich gehe mit einem lachenden, aber auch einem weinenden Au-

ge,“ so Röthig. Die Erinnerung an eine spannende Zeit im Bundestagsbüro werde er gern in seine neue Funktion mitnehmen, „vor allem die fachliche Komponente“. Martin Dörmann dankte ihm für die prima Zusammenarbeit in den letzten beiden Jahren. Als Bindeglied zwischen Politik und Wirtschaft wird der Managerkreis der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung sicherlich künftig einen guten Draht zum Wirtschaftspolitiker Martin Dörmann haben.



### „Das Leistungsschutzrecht löst keine Probleme, sondern schafft neue“

Nachfolgend dokumentieren wir die Plenarrede von **Martin Dörmann** am 29. November 2012 (Auszug) zur 1. Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Gesetzentwurfs zur Änderung des Urheberrechtsgesetzes (Drs. 17/11470). Gegenstand der Debatte war das „Leistungsschutzrecht für Presseverleger“.

„Die SPD lehnt das von der Bundesregierung vorgeschlagene Leistungsschutzrecht für Presseverleger ab. Drei Jahre hat Schwarz-Gelb gebraucht, um hierzu nach vielen Volten hin und her überhaupt einen Gesetzentwurf vorzulegen. Es waren drei verlorene Jahre für die Medienpolitik.

Am Ende ist ein Vorschlag herausgekommen, der völlig kontraproduktiv ist. Denn er wird der Medienlandschaft in Deutschland nicht helfen, schafft neue Rechtsunsicherheiten und droht, hilfreiche Suchmaschinenfunktionen faktisch einzuschränken.

Die Stimmen der Kritiker sind dementsprechend vielfältig. Namhafte Urheberrechtler warnen vor den negativen Folgen. Der IT-Branchenverband BITKOM und der BDI erwarten eine Schwächung des Innovations- und Investitionsstandorts Deutschland. Der Vorsitzende der Monopolkommission, Professor Haucap, den ich hier ausdrücklich zitieren darf, hält das Ganze gar für eine „Schnapsidee“. Selbst Junge Union und Junge Liberale fordern heute mit den anderen Jugendorganisationen politischer Parteien, den Gesetzentwurf abzulehnen, weil sie darin einen Eingriff in die Freiheit des Internets sehen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die aktuellen Beispiele der Frankfurter Rundschau und Financial Times Deutschland haben zuletzt ein schmerzliches Schlaglicht auf die Probleme im Zeitungsmarkt geworfen. Vor diesem Hintergrund möchte ich ausdrücklich festhalten: Qualitativ hochwertige journalistische Angebote sind von entscheidender Bedeutung für die Meinungsvielfalt und unsere Demokratie.

Guter Journalismus erfordert engagierte Journalisten, die von ihrer Arbeit leben können. Er erfordert zugleich Recherche, Organisation und damit Geld, das letztlich von den Presseverlegern verdient werden muss, und zwar auch im Internet.

Es ist daher folgerichtig, dass immer mehr Verleger versuchen, Bezahlangebote im Netz zu etablieren, und dass sie bereits heute bestehende Urheberrechte an Texten schützen wollen.

Guter Journalismus hat einen Wert, den es zu respektieren gilt. Es ist deshalb selbstverständlich nicht

hinzunehmen, wenn einzelne Portale urheberrechtlich geschützte Zeitungsartikel ohne Zustimmung von Autoren und Verlagen selbst vermarkten und auf deren Kosten Geld damit verdienen.

Dort, wo es heute Probleme bei der Rechtsdurchsetzung gibt, sind wir für verbesserte Möglichkeiten der Presseverleger, damit diese effektiv gegen solche illegalen Geschäftsmodelle vorgehen können.

Das vorgeschlagene Leistungsschutzrecht löst die bestehenden Probleme aber gerade nicht, sondern schafft neue. Es geht letztlich darum, Suchmaschinen entgeltspflichtig zu machen und hierüber neue Einnahmequellen zu generieren, und zwar auch dann, wenn sie nach heutiger Rechtslage völlig legal verlinken und dabei kurze Textteile anzeigen, damit man Artikel inhaltlich zuordnen kann.

Aus Sicht der SPD-Fraktion erfüllen Suchmaschinen aber eine wichtige Wegweiserfunktion im Internet, die wir erhalten wollen. Mit technischem und finanziellem Aufwand erbringen Suchmaschinen eine eigene Leistung, die für viele Internetuser hilfreich ist. Auch die Verlage wollen nicht darauf verzichten, gelistet zu werden - sie könnten das ja technisch heute schon verhindern -; denn sie wollen ja Leser auf ihre werbefinanzierten freien Angebote ziehen. Es ist deshalb niemandem wirklich vermittelbar, dass nun Suchmaschinen, die das heutige Urheberrecht nicht verletzen und den Verlegern sogar finanzielle Vorteile bringen, über ein speziell auf sie zugeschnittenes Leistungsschutzrecht ein Entgelt zahlen sollen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die SPD-Fraktion hat vor wenigen Wochen einen umfassenden Antrag zur Sicherung der Medienvielfalt und zu qualitativ hochwertigem Journalismus in den Bundestag eingebracht. Leider hat sich die Regierungskoalition verweigert, unsere Vorschläge aufzunehmen oder zumindest ernsthaft zu prüfen.

Gibt man heute in eine Suchmaschine den Begriff „schwarz-gelbe Medienpolitik“ ein, findet man leider keinerlei Konzepte, die den Herausforderungen wirklich gerecht werden. Insofern ist ein Relaunch dringend notwendig.“



### Steinbrück forderte in Haushaltsdebatte: „Schluss mit der Stümperei!“

Der Bundestag hat am 23. November den Bundshaushalt für 2013 beschlossen. Er sieht eine Neuverschuldung von 17,1 Milliarden Euro bei Gesamtausgaben von 302 Milliarden vor. 312 Abgeordnete stimmten für den Etat der schwarz-gelben Regierung, 258 dagegen. Vonseiten der Opposition gab es teils heftige Kritik an der Haushaltspolitik der Bundesregierung. SPD-Kanzlerkandidat **Peer Steinbrück** attackierte Bundeskanzlerin **Angela Merkel** (CDU) in der Generaldebatte zu den Haushaltsberatungen im Bundestag teilweise massiv. An etlichen Beispielen zeigte er, wie dilettantisch die Koalition teilweise agiert.

Steinbrück, der als erster noch vor der Kanzlerin im Plenum sprach, stellte zunächst fest, dass Deutschland auf den ersten Blick gut dastehe; dem Mittelstand geht es recht gut, die Arbeitslosenquote ist gering, die Steuereinnahmen sind hoch. „Wir sind wie Alice im Wunderland“, konstatierte Steinbrück und fügte nach kurzer Pause an: „trotz dieser Bundesregierung!“

Er habe im internen Recherchesystem des Bundestages recherchiert und bei Schwarz-Gelb keinen einzigen Treffer zum Thema Mittelstand gefunden. Steinbrück: „Sie sorgen nicht vor für schwierige Zeiten, so wie die SPD es in der Großen Koalition getan hat, zum Beispiel mit Maßnahmen wie der Kurzarbeit. Sie beschäftigen sich nicht mit den Themen, die den Menschen unter den Nägeln brennen.“ Steinbrück fragte die Kanzlerin: „Was sagen Sie zu den steigenden Mieten? Was sagen Sie zur Spaltung des Arbeitsmarktes? Was sagen Sie zur ungleichen Bezahlung von Frauen und Männern? Sie haben nur die Flexi-Quote zu bieten. Aber wo ist Ihre Initiative zur Entgeltgleichheit?“

Der Kanzlerkandidat nahm sich auch der Energiewende der Koalition an. „Sie veranstalten einen Gipfel nach dem anderen. Aber weiß noch irgendjemand, welcher Gipfel welches Ergebnis hatte?“, fragte Steinbrück. Merkel biete „Gipfel statt Strategien, Palaver statt Lösungen“. Er schlussfolgerte: „Sie kämpfen nur mit und für sich, aber nicht für die Menschen.“

Steinbrück erinnerte die Kanzlerin an ihre originäre Aufgabe: „Sie schweben nicht wie eine Präsidentin über Ihrem Kabinett, wir haben nämlich schon einen Präsidenten. Sie sind als Chefin direkt verantwortlich für Ihr Kabinett und die schlechte Arbeit“. Die Koalition bediene nur Einzelinteressen. Er fragte Merkel, wo sie das gelernt habe, sich nie zu äußern in der Innenpolitik, immer so lange zu warten, bis es eine Mehrheitsmeinung gebe und dann auf den Zug zu springen. Er rief der Regierung zu: „Ihre Stümperei muss aufhören!“

Stattdessen sei es endlich an der Zeit, dass die Regierung den Menschen die Wahrheit sage über Griechenland, endlich Klartext rede. Als Beispiel führte er an, dass Griechenland auch in den nächsten zehn Jahren nicht zu seriösen Konditionen an die Kapitalmärkte zurückkehren kann. Merkel solle endlich eingestehen, dass wir uns längst in einer Haftungsunion befinden. „Sagen Sie einfach, was ist, Frau Merkel. Damit beginnt jede Politik.“ Er erinnerte die Kanzlerin an ihre Versprechen, für einen Wachstums- und Beschäftigungspakt für Europa zu sorgen, für die Einführung einer Finanztransaktionssteuer. Steinbrück warnte ganz deutlich: „Führen Sie uns hier hinter die Fichte, holen wir für Sie die Kastanien nicht mehr aus dem Feuer, wenn Sie uns brauchen!“

### Schwarz-Gelb im Faktencheck: Merkels Märchenstunde

„Diese Bundesregierung ist die erfolgreichste seit der Wiedervereinigung“, behauptete **Angela Merkel** in der Haushalts-Generaldebatte im Bundestag. „Dreist“, kommentiert die Süddeutsche Zeitung. „Schamlos und frech“, schreibt die Leipziger Volkszeitung. „Merkels Märchen von der Superregierung“, titelt Spiegel online.

Das Selbstbild der Kanzlerin und das Bild der Deutschen von ihrer Regierung könnten gegensätzlicher kaum sein. Zwei Drittel der Bürgerinnen und Bürger sind überzeugt: Merkels Regierung kümmert sich nicht um die Zukunftsprobleme des Landes. 70 Prozent kritisieren, dass Schwarz-Gelb nur Klientelinteressen bedient und das Allgemeinwohl vernachlässigt. Die SPD-Bundestagsfraktion hat die Politik der schwarz-gelben

Bundesregierung unter die Lupe genommen und gefragt: Welche Versprechen hat die Kanzlerin der Bevölkerung gemacht? Welche Ankündigungen stehen im schwarz-gelben Koalitionsvertrag? – Und was ist daraus geworden?

Das Ergebnis ist eindeutig: Merkel und ihr Kabinett versprechen viel und halten wenig. Reden und Handeln klaffen bei dieser Bundesregierung meilenweit auseinander – so wie bei Merkels Märchenstunde am Mittwoch im Bundestag.

Teil 1 des Fakten-Checks: Die gebrochenen Versprechen von Schwarz-Gelb in den Bereichen Arbeit und Soziales, Finanzen, Steuern und Haushalt, Bändigung der Finanzmärkte sowie Bildung und Forschung.

→ Der Faktencheck ist hier zu finden: <http://www.spdfraktion.de/themen/schwarz-gelb>

→ Weitere interessante Artikel zum Thema finden sich unter:

<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/merkel-im-muenchhausen-check-die-erfolgreichste-bundesregierung-a-868618.html>

<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/muenchhausen-check-merkel-und-schaeuble-ueber-die-euro-krise-a-867147.html>



## Klarheit für jüdische und muslimische Eltern

Am 12. Dezember 2012 hat der Bundestag eine gesetzliche Regelung zur Beschneidung von Jungen beschlossen.

Die SPD-Fraktion hat sich die Entscheidung nicht leicht gemacht und die Rechtsgüter elterliches Erziehungsrecht, körperliche Unversehrtheit, Kindeswohl und Religionsfreiheit sorgfältig abgewogen. Sie hat intensiv mit Sachverständigen aus Rechtswissenschaft und Medizin sowie mit Vertreterinnen und Vertretern der jüdischen und muslimischen Glaubensgemeinschaft diskutiert. Die Abgeordneten der SPD haben über die Regelung der Beschneidung ihrem Gewissen gemäß entschieden.

Für einen Teil der Fraktion entspricht die Beschneidung von Jungen dem Kindeswohl, weil ihnen damit Zugang zur elterlichen Religion gegeben wird. Sie könnten so in der Geborgenheit der Gemeinschaft aufwachsen. Dazu wollen die Abgeordneten dieses

Ritual unter Auflagen zulassen, um jüdisches und muslimisches Leben weiterhin zu ermöglichen. Sie befürworteten den Gesetzentwurf der Bundesregierung sowie die Änderungsanträge aus den Reihen der Fraktion, die ihn verbessert hätten. Für einen anderen Teil der Fraktion steht das Recht auf körperliche Unversehrtheit im Mittelpunkt. Sie wollten die Beschneidung erst ab dem 14. Lebensjahr nach Zustimmung der Jungen sowie nur durch Kinderchirurgen und Urologen gestatten. Dazu brachte die Kinderbeauftragte der SPD-Fraktion gemeinsam mit den kinderpolitischen Sprecherinnen der Grünen und Linken einen Gegenentwurf ein, der abgelehnt wurde.

### Das Kölner Urteil brachte Unsicherheit

Mehr als 60 Jahre, seit Bestehen der Bundesrepublik, aber auch zuvor bis 1933, war die medizinisch nicht indizierte Beschneidung in Deutschland für Juden und Muslime ohne gesetzliche Regelung möglich. Für beide Religionen ist das Ritual konstitutiv. Im Mai dieses Jahres urteilte das Kölner Landgericht, dass die Beschneidung eine Körperverletzung ist. Nach dem Urteil entstand große Verunsicherung bei jüdischen und muslimischen Eltern sowie bei

Beschneidern (Mohalim) und Ärzten.

### Gesetzgeber musste Regelung finden

Der Bundestag musste eine Entscheidung herbeiführen, weil nach dem Urteil Eltern und Ärzte strafrechtlich hätten belangt werden können. Damit wäre Deutschland das erste Land in Europa gewesen, das die religiöse Beschneidung nicht zugelassen hätte. Deshalb hatte der Bundestag die Bundesregierung aufgefordert, einen Gesetzentwurf vorzulegen, der die Rechtsgüter abwägt und jüdisches sowie muslimisches Leben weiterhin in Deutschland möglich macht.

Der Gesetzentwurf der Bundesregierung sieht vor,

dass Eltern ihre nicht einsichts- und urteilsfähigen Söhne ohne medizinische Indikation beschneiden lassen können, wenn die Beschneidung nach den Regeln der ärztlichen Kunst durchgeführt wird und keine gesundheitlichen Gründe dagegen sprechen. In den ersten sechs Lebensmonaten des Kindes darf die Beschneidung auch von dazu ausgebildeten Mohalim durchgeführt werden. Der Bundestag hat den Gesetzentwurf mit breiter Mehrheit beschlossen.



führt wird und keine gesundheitlichen Gründe dagegen sprechen. In den ersten sechs Lebensmonaten des Kindes darf die Beschneidung auch von dazu ausgebildeten Mohalim durchgeführt werden. Der Bundestag hat den Gesetzentwurf mit breiter Mehrheit beschlossen.

### Die Änderungsanträge

Um den Gesetzentwurf der Regierung zu verbessern wurden zwei Änderungsanträge aus den Reihen der SPD-Fraktion eingebracht. Ein Antrag sah u. a. vor, dass ein Arzt die Eltern vor dem Eingriff aufklären muss. Für die Beschneidung sollten allgemeine Standards gelten, eine qualifizierte Schmerzbehandlung und Nachsorge sowie eine angemessene und wirkungsvolle Betäubung sollten gewährleistet werden. Eine Rechtsverordnung sollte Ausbildung und Befähigungsnachweis nichtärztlicher Beschneider regeln. Auch die Feststellung der gesundheitlichen Unbedenklichkeit des Eingriffs sollte geregelt werden. Ein weiterer Antrag sollte die Frist, innerhalb der der Eingriff von nichtärztlichen Beschneidern vorgenommen werden darf, auf zwei Monate verkürzen. Beide Änderungsentwürfe wurden von der Koalitionsmehrheit abgelehnt.

## Peer Steinbrück als Kanzlerkandidat nominiert

### „Ich will einen ganzen Regierungswechsel, keinen halben“

Auf dem außerordentlichen SPD-Bundesparteitag wählten am 9. Dezember in Hannover die Delegierten **Peer Steinbrück** mit überwältigender Mehrheit zum Kanzlerkandidaten der Sozialdemokraten. Steinbrück erhielt 93,45 Prozent der Stimmen.

Zum Auftakt schwor die NRW-Ministerpräsidentin **Hannelore Kraft** die Delegierten kämpferisch ein: "Lieber Peer, das ist heute dein Tag und wir stehen an deiner Seite", sagte sie in ihrer Eröffnungsrede. Die CDU sei nur noch eine inhaltsleere Hülle und ein Merkel-Wahlverein", führte sie mit Blick auf Kanzlerin **Angela Merkel** aus. Merkel leide unter Realitätsverlust, wenn sie meine, sie führe die beste Bundesregierung seit der Wiedervereinigung. "Das glaubt ihnen doch kein Mensch", rief die stellvertretende SPD-Chefin.

"2013 wird unser Jahr in Niedersachsen und im Bund", sagte Kraft. In Niedersachsen wird am 20. Januar der Landtag neu gewählt. Die SPD will mit **Stephan Weil** an der Spitze die CDU mit Ministerpräsident **David McAllister** ablösen.

„Wir nehmen den Kampf gegen die wachsende Armut in unserem Land wieder auf!“. Mit diesen Worten betrat im Anschluss an Weils Grußwort unter großem Applaus SPD-Chef **Sigmar Gabriel** die Bühne. Mit einer leidenschaftlichen Rede, die die inhaltliche Richtung für den Wahlkampf vorgab, machte er klar: Peer Steinbrück ist der richtige Kandidat und wird der bessere Bundeskanzler sein.

#### Peer Steinbrück soll Kanzler werden!

Gabriel betonte: „Wir wollen nicht tatenlos zusehen, wie unser Land mehr und mehr in eine neofeudale Klassengesellschaft abzugleiten droht, in der Herkunft und Beziehungen wichtiger zu sein scheint als die Leistungen von Menschen.“ Um Deutschland aber wieder gerechter zu machen, brauche es eine bessere Regierung, die das Gemeinwohl wieder in den Mittelpunkt ihres Handelns stellt – und einen Kanzler, der bereit und in der Lage ist, dieses Projekt umzusetzen. „Und der hat einen Namen, der heißt Peer Steinbrück“, so Gabriel unter dem großen Beifall der Delegierten und Gäste.

Um 13:04 Uhr betrat der Protagonist des Tages die Bühne. Peer Steinbrück setzte zu seiner Rund zwei-

stündigen Rede an. Ein anderer Stil, eine andere Politik: Haltung, Werte und Mut – Klartext für konkrete Ziele. In seiner Bewerbungsrede unterstreicht Peer Steinbrück den Kontrast zu Union und FDP. Damit will er Wahlkampf machen, Menschen überzeugen.

Auf der Bühne des SPD-Parteitags in Hannover der Mann, der Schwarz-Gelb in die Opposition schicken will. Der „einen ganzen Regierungswechsel“ will,



keinen halben. Rot-Grün, so die Botschaft der fast zweistündigen Rede in Hannover, kann es besser. Schwarz-Gelb sei gescheitert: Inhaltlich vor allem, aber es geht Steinbrück auch um den Politikstil. Orientierungslosigkeit wirft er der Merkel-

Regierung vor. Die Kanzlerin habe keine Ziele. Schwarz-Gelb lasse sich treiben von Klientelinteressen, von kurzfristigen Stimmungen und verschweige zu oft die Wahrheit, die die Menschen wissen wollen. Und auf die sie einen Anspruch haben, so Steinbrück. Kein Zweifel: Der Mann will Kanzler werden – und er weiß, wofür.

#### "Unten fühlen sich viele ausgegrenzt"

Die über 600 Delegierten hat er dabei voll auf seiner Seite. Immer wieder muss Steinbrück innehalten, die Rede wird unterbrochen durch starken Beifall. Besonders, wenn er leidenschaftlich gerechte Löhne fordert: Für die Millionen, die immer noch zu Billiglöhnen arbeiten müssen. Für Leih- und Zeitarbeiter, die sich nicht selten mit 40 Prozent weniger Geld zufrieden geben müssen als ihre festangestellten Kolleginnen und Kollegen. Und vor allem auch für Frauen. Durchschnittlich verdienen sie nämlich 22 Prozent weniger als Männer.

Begeisterung erntet Steinbrück auch, als er die Tendenz zu Parallelgesellschaften kritisiert, die sich abkoppeln von der Gesamtgesellschaft. Eine oben und eine unten: „Unten fühlen sich viele ausgegrenzt, ausgeschlossen von der Wohlstandsentwicklung und dem öffentlich Leben.“ Und oben? Dort gebe es inzwischen eine Schicht: Reiche, „die es sich in ihrer eigenen Wirklichkeit bequem macht“. Die sich Bildung für ihre Kinder privat kaufen können, Sicherheit, Mobilität oder Kultur. Und die darum kein Interesse mehr an den Leistungen des Staates habe.

Immer wieder stellt er auch den Bezug zu seinem eigenen Leben her: Der Wunsch nach eigener Berufstätigkeit. Die Auseinandersetzung seiner Großväter mit der Nazi-Diktatur, seine eigene Studentenzeit. Seine Faszination für **Willy Brandt**, die ihn zur SPD gebracht hat.

Gerechtigkeit, das wird immer wieder deutlich, ist das zentrale Thema des Mannes, der die SPD in den Wahlkampf führen will. Denn: „Etwas gerät aus dem Lot in unserem Land“ – was viele denken, weiß auch Steinbrück. Und damit will er sich nicht abfinden. Sondern eine Politik durchsetzen mit klarer Richtung: „Der Mensch im Mittelpunkt“. Oder, wie er es auch formuliert: „Mehr Wir und weniger Ich.“

So benennt er klar, was er machen will:

- Gerechtigkeit auf dem Arbeitsmarkt: Hier geht es Steinbrück um den Mindestlohn, 8,50 Euro mindestens. Und um gleiche Bezahlung zwischen Leiharbeitern und Stammbeschäftigten und zwischen Frauen und Männern, die Reform der Mini-Jobs, starke Tarifbindung, sichere Jobs.
- Bei Gesundheit und Pflege will er für eine gute Versorgung für alle sorgen: Im Mittelpunkt steht dabei das Konzept der Bürgerversicherung. Keine Zwei- oder Drei-Klassen-Medizin. Denn: „Die Versichertenkarte darf nicht entscheiden, wann und wie man behandelt wird.“ Und er verschweigt nicht, dass für eine menschenwürdige Pflege auch der Versichertenbeitrag steigen müssen.
- Anerkennung für ein langes Arbeitsleben: Die SPD und Peer Steinbrück haben ein schlüssiges Gesamtkonzept für gute Renten anzubieten: Mit der Solidarrente, dem abschlagsfreien Rentenzugang auch schon ab 63 für Menschen, die nicht mehr können – oder die lange gearbeitet haben. Mit der Sicherung des Rentenniveaus und der Aussetzung der 67er-Rente. Die so genannte „Lebensleistungsrente“ der CDU nannte Steinbrück „blanker Zynismus“.
- Dem Thema Gleichstellung will der Sozialdemokrat besondere Bedeutung zuweisen: in klarer Verantwortung unter dem Dach des Kanzleramts. Dabei seien Themen wie der Kita-Ausbau wichtig, aber nur ein halber Schritt. „Gesellschaftlicher Fortschritt bemisst sich auch daran, wie Frauen und Männer miteinander arbeiten und leben.“
- Mieten im Griff behalten: „Soziale Stadt“ soll Leitprogramm und altersgerechtes Wohnen besser gefördert werden. Und auch ein Wohnungswechsel dürfe nicht nur bei einem besonders dicken Geldbeutel möglich sein. Darum soll künftig den Makler nur bezahlen, wer ihn auch bestellt.
- Die Energiewende will Steinbrück konzentriert und mit klarer Struktur wieder aufs Gleis bringen: Die Kräfte dafür will er bündeln in einem Ministerium.

- Und natürlich eine Politik, die sich gegen die Macht der Finanzmärkte durchzusetzen weiß: Ein starkes Europa, in dem nicht die Menschen in Haftung genommen werden für Folgen maßloser Spekulation. Entschiedene Regulierung und die Spekulationssteuer.

Steinbrück tritt an, um der Politik in Deutschland eine andere Richtung zu geben. Es geht ihm vor allem auch um die Haltung. Eine Politik, die den Bürgerinnen und Bürgern nichts vormacht. Eine Politik, die von Werten geleitet ist. Die klare Ziele hat und den Mut, dafür Weichen zu stellen. Auch bei Gegenwind. „Sagen, was man denkt, tun was man sagt“ – das ist sein Motto. Und deshalb will er die ganze Regierung ablösen: Schwarz und Gelb. Politik – nicht nur besser, sondern anders. Gemeinsam mit den Grünen.

Für diesen Wechsel will er kämpfen. Und dafür stellt er sich zur Wahl. Die über 600 Delegierten hat er dabei klar hinter sich: Minutenlang Beifall bestätigte ihn als er gegen 15 Uhr die Bühne verlässt.

### „Miteinander. Für Deutschland“

Während abgegebene Stimmen ausgezählt wurden, stimmten die Delegierten über die Resolution „Miteinander. Für Deutschland“ ab. Hierbei handelt es sich um eine Resolution, die den klaren Kurs in Richtung Regierungswechsel definiert. Darin heißt es: „Damit es besser wird, braucht es eine andere Politik. Eine Politik der klaren Alternative. Eine Politik des Miteinanders. Eine Politik, die sich auf Werte stützt. Eine Politik, die mehr Demokratie wagt. Eine Politik für mehr Gerechtigkeit in Deutschland. Eine Politik, die die zunehmende soziale Spaltung nicht achselzuckend zur Kenntnis nimmt. Eine Politik, die erkennt, dass die derzeitige Spaltung unserer Gesellschaft das Fundament unseres Zusammenlebens gefährdet. Eine Politik, die den inneren Zusammenhalt stärken will. Eine Politik für eine bessere Gesellschaft. Eine Politik, in der keine und keiner zurückgelassen wird.“ Diese wurde einstimmig angenommen.

Im Anschluss daran verkündete Stephan Weil das Wahlergebnis:

583 Stimmen abgegeben, 3 ungültige, 580 gültige Stimmen. **Mit Ja haben 542 gestimmt!** Das macht **93,45%** der Stimmen, so gut wie einst **Gerhard Schröder** 1998.

Steinbrück selbst zeigte sich nach all dem Gegenwind der letzten Jahre und Monate tief gerührt und beeindruckt von diesem Ergebnis: „Ich nehme die Wahl an. Dieses Ergebnis freut mich und ist zugleich verpflichtend: Diese Zahl könnte eine Orientierung für das Wahlergebnis im September nächsten Jahres sein“, kommentierte er nach der Verkündung des Ergebnisses.

Auch SPD-Generalsekretärin **Andrea Nahles**, die das Schlusswort des Parteitages sprach, zog ein positives Resümee „Wir haben heute einen wunderbaren Parteitag erlebt. Eine tolle Rede von Peer Steinbrück. Ein starkes Ergebnis für Peer Steinbrück!“



## INFOS ZU MARTIN DÖRMANN, MdB

### Aufgabenschwerpunkte: Wirtschaft und Medien

- Seit 2002 direkt gewählter Bundestagsabgeordneter im Wahlkreis Köln I

#### Funktionen und Mitgliedschaften im Deutschen Bundestag

- Medienpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion
- Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Technologie
- Stellv. Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft und Technologie
- Stellv. Mitglied in der Enquete-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“
- Stellv. Mitglied im Ausschuss für Kultur und Medien
- Mitglied im Unterausschuss „Neue Medien“
- Mitglied im Vorstand der SPD-Bundestagsfraktion
- Mitglied im Vorstand der NRW-Landesgruppe der SPD-Bundestagsfraktion
- Berichterstatte der SPD-Fraktion für Medien, Telekommunikation und Raumfahrt

#### Sonstige Funktionen

- Mitglied im Beirat der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen (Regulierungsbehörde)
- Mitglied der Medienkommission beim SPD-Parteivorstand / Koordinator für den Gesprächskreis „Digitale Infrastruktur“

### Die Büros in Berlin und Köln

#### Abgeordnetenbüro Berlin

Martin Dörmann, MdB  
Deutscher Bundestag  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

##### Besucheradresse:

Konrad-Adenauer-Straße 1,  
Paul-Löbe-Haus, Raum 7.340  
Tel.: 030 / 227 734 18  
Fax: 030 / 227 763 48  
martin.doermann@bundestag.de

#### Mitarbeiterteam

Stefan Stader (Büroleiter),  
Dr. Matthias Dahlke

#### Öffnungszeiten

Sitzungswochen  
Mo.– Fr.: 8:30 bis 19 Uhr  
Sitzungsfreie Wochen  
Mo.– Do.: 9 bis 18 Uhr  
Fr.: 9 bis 17 Uhr

#### Bürgerbüro Porz (Wahlkreisbüro – Gemeinschaftsbüro mit Jochen Ott, MdL)

Hauptstraße 327  
51143 Köln (Porz)  
Tel.: 02203 / 521 44  
Fax: 02203 / 510 44  
martin.doermann@wk.bundestag.de

#### Mitarbeiterteam von Martin Dörmann

Tim Cremer (Büroleiter),  
Nadesha Klugiewicz,  
Ralf Steinmeier (Webmaster)

#### Öffnungszeiten

Mo. bis Do.: 10 bis 17 Uhr  
Fr.: 10 bis 13 Uhr

#### Bürgerbüro Kalk (Gemeinschaftsbüro mit Stephan Gatter, MdL)

Kalker Hauptstraße 212  
51103 Köln (Kalk)  
Tel.: 0221 / 870 43 02  
Frank.heinz@landtag.nrw.de

#### Mitarbeiter von Stephan Gatter

Frank Heinz  
Öffnungszeiten  
Mo., Mi.: 9 bis 12 Uhr  
Di., Do.: 14 bis 17 Uhr  
Fr.: 12 bis 15 Uhr

#### Bürgerbüro der Kölner SPD-Bundestagsabgeordneten

Magnusstraße 18b  
50672 Köln (Innenstadt)  
Tel.: 0221 / 169 195 77  
Fax: 0221 / 169 195 79  
koelner-spd-mdb@netcologne.de

#### Mitarbeiterin

Claudia Brock  
Öffnungszeiten  
Mo.– Do.: 9 bis 18 Uhr  
Fr.: 9 bis 14 Uhr

### Sitzungswochen des Deutschen Bundestages

Bislang terminierte Sitzungswochen **2013** (bis Juni): 3., 5., 8., 9., 11., 12., 16., 17., 20., 23., 24. und 26. KW. Eine Übersicht ist abrufbar unter:

[www.bundestag.de/parlament/plenargeschehen/sitzungskalender/index.html](http://www.bundestag.de/parlament/plenargeschehen/sitzungskalender/index.html)

## IMPRESSUM

### BERLIN DEPESCHE

Zeitung für den Bundestagswahlkreis Köln I (Porz, Kalk, nördliche Innenstadt)

#### HERAUSGEBER

Martin Dörmann, MdB,  
Deutscher Bundestag,  
Platz der Republik 1,  
10111 Berlin

#### REDAKTION

Martin Dörmann (verantwortlich),  
Nadesha Klugiewicz, Marcel Röthig

#### BILDNACHWEIS

Büro Dörmann:  
S. 1, S. 2, S. 3 (u.l.), S. 4, S. 5, S. 9;  
Sabine Arnolds: S. 3 (u.r.);  
Bundestag: S. 7;  
Marco Urban: S. 10

#### ERSCHEINUNGSWEISE

Die Berlin Depesche erscheint etwa sechsmal im Jahr. Sie wird auf der Homepage eingestellt sowie per eMail an einen besonderen Verteiler versendet.

#### E-MAIL VERTEILER

Wer in den eMail-Verteiler aufgenommen werden möchte, sendet eine Nachricht an:  
[martin.doermann@bundestag.de](mailto:martin.doermann@bundestag.de)  
(Mitglieder bitte mit Angabe des Ortsvereins)

#### FRÜHERE AUSGABEN

Frühere Ausgaben sowie Themen-Sonderausgaben sind auf der Homepage eingestellt.

#### HOMEPAGE

[www.martin-doermann.de](http://www.martin-doermann.de)

